

Der Textil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin O 24, Mendenstr. 27
Verleger: Carl Schmalz, 1908, 1928 und 1929 - Die Zeitung
erschient jeden Freitag
Telegraphenadresse: Textilprints Berlin

Verunglückt seid Ihr nichts - Vereintigt alles!

Kausgen- und Verbandsblätter sind an Otto Schmalz, Berlin O 24,
Mendenstr. 27 (Postfach 6380), zu richten. - Preisvertrieb
nur durch die Post. Vierteljährlich 6 Mk.
Anzeigenpreis: 4 Mark für die dreizehnpaltige Zeile

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Bilanzspiegel

Der Velvet-Trust.

Einer der bekanntesten Standardabschlüsse in der Textilindustrie, der Abschluß der Mechanischen Weberei zu Linsen, Hannover-Linsen, ist dieses Mal von der Gründung des sogenannten Velvet-Trusts stark beeinflusst. Wie die Mechanische Weberei zu Linsen seit fast einem dreihundertjährigen Jahrhundert zu den rentabelsten deutschen Industriegesellschaften gehört, so kann dem neuen Trust nachgesagt werden, daß sein ganzer Aufbau vorbildlich einhellig und gesund erscheint. Rückgrat des Trusts ist die genannte Linsener Gesellschaft. Die Herstellung von Velvet, baumwollenem Samt, wird in Linsen und in der Zweigfabrik Oggersheim (Pfalz) vorgenommen. In beiden Fabriken stehen rund 1900 Webstühle. Dazu ist 1927 die Velvetfabrik M. Mengers Söhne A.-G. in Berlin getreten, die Zweigbetriebe in Schwiebus unterhält. Abgerundet wird der Konzern durch die G. A. Fröhlich's Sohn A.-G., Warsdorf in der Tschechoslowakei. Die Warsdorfer Gesellschaft ist der größte tschechische Velvetfabrikant; sie stellt nebenher auch bedruckte Baumwolle her. Wie sich diese Konzentration auf die Gliederung des Arbeitsprozesses in der Zukunft auswirken wird, muß abgewartet werden. Die Arbeitsstellung war bisher bei der Mechanischen Linsen so, daß Oggersheim Halbfabrikate herstellte, die in Linsen weiterverarbeitet wurden. Ob dieses Schema auf Mengers und die Fröhlich's Sohn übertragen wird, steht keineswegs fest. Die Ausdehnung scheint auch in der Hauptsache von Konkurrenzgründen diktiert worden zu sein. Bekannt ist ja, daß die Reklamekosten bei Linsen und bei Mengers einen wesentlichen Teil der Unkosten ausmachen. Auf der Linie einer Reduzierung dieser Unkosten scheint sich der Rationalisierungsprozeß im neuen Velvettrust zu bewegen, von dem man sich, wie im Geschäftsjahr 1927 betont wird, große Erfolge verspricht. Linsen hat aus der Übernahme der Mengers noch den besonderen Vorteil, daß sie die gut ausgearbeitete Exportorganisation der Berliner Gesellschaft übernehmen kann. Die Mengers pflegte seit jeher das Ausfuhrinteresse, scheint sich aber dabei finanziell übernommen zu haben; jedenfalls hat die Mengers früher eine Fuston mit Linsen abgelehnt, was sie sich dann wahrscheinlich unter dem Druck finanzieller Verhältnisse im verflissenen Jahre bereut erklärt hat. Der Trust selbst hat sich in der Linsener Samtunion G. m. b. H., Berlin, eine neue Verkaufsgesellschaft geschaffen. Ob diese Gesellschaft die Exportorganisationen der früher selbständigen und jetzt zum Velvettrust zusammengeschweißten Unternehmen zusammenfassen wird, ist bis jetzt nicht bekannt geworden.

Um die Fuston durchzuführen, hat die Mechanische Weberei zu Linsen das Aktienkapital von 6,8 Millionen Mark auf 13,5 Millionen Mark erhöht. Das bei den Kapitalerhöhungen erzielte Aufgeld in Höhe von rund 6 Millionen Mark wurde dem gesetzlichen Reservefonds zugeführt. Die Linsener Gesellschaft gibt den Kaufpreis für die Mengers und die Fröhlich's Sohn A.-G. nicht an. Man darf jedoch annehmen, daß der Kaufpreis für beide Gesellschaften zwischen 10 bis 12 Millionen schwankt. Die Kaufsumme ist zum wesentlichen abgetragen, was dafür spricht, daß die Gesellschaft große Teile der Einnahmen für die Abtragung ihrer Verbindlichkeiten, ohne die Gewinn- und Verlustrechnung zu beeinträchtigen, verwenden konnte. Auch die Errichtung der Berliner Verkaufsstelle dürfte erhebliche Mittel verschlungen haben. Unter Einfluß der verschiedenen Transaktionen hat sich die Bilanz der Mechanischen Weberei zu Linsen bedeutend verändert, wie aus der Entwicklung der wichtigsten Hauptposten hervorgeht:

	1913	1926	1927
	(in Millionen Mark)		
Aktienkapital	4,05	6,8	13,5
Gesetzlicher Reservefonds	0,405	0,7	6,7
Beteiligungskonto (Restlaufgebe)	—	—	5,85 bzw. 4,246
Bilanzsumme	11,74	16,41	34,79

Gerade die Steigerung der Bilanzsumme zeugt von dem Wachstum des Konzerns, ohne daß die Flüssigkeit der Bilanz gelitten hätte. Nach derselben Richtung weist auch die schnelle Abtragung der aus dem Kauf von Mengers und Fröhlich's Sohn entstandenen Restlaufgebe. Altem Anschein nach wird die Mechanische Linsen die Restbeträge, schon aus Zinsersparnisgründen, vor den festgesetzten Zahlungssterminen decken können. Wie bereits gesagt, haben die starken Anforderungen an die Mittel der Gesellschaft nicht auf die Gewinn- und Verlustrechnung abgefärbt:

	1918	1925	1926	1927
	(in tausend Reichsmark)			
Gesamtertrag	2866	1420	1646	2514
Davon sind:				
Geschäftsgewinn	2864	1413	1641	2507
Eingegangene, früher abgeschriebene Forderungen	2	7	5	6
Dividende	20%	15%	15%	15%
Lantime	178	102	103	167
Abreibungen	719	166	340	435

Die Dividendenentwicklung bei der Mechanischen Linsen bedarf einer Erläuterung. Die 15prozentige Dividende wurde im Jahre 1926 auf ein Aktienkapital von 6,8 Millionen Mark gezahlt. Nötig war dazu eine Summe von etwas über 1 Mil-

Die schlesischen Textilarbeiter im Kampf um ihre Existenz.

Die Lohnabkommen für Schlesien wurden zum 30. April dieses Jahres form- und fristgerecht aufgekündigt. Dem Verband Schlesischer Textilindustrieller E. V. wurden im weiteren Verlauf die Forderungen der schlesischen Textilarbeiter unterbreitet, die außer 17 verschiedenen Positionen als 18. auch die Erhöhung des Entlohnes um 12 Pf. pro Stunde vorsehen. Am 24. April fanden in Breslau Verhandlungen statt, die zu keinem Ergebnis führten. Die Verhandlungen wurden durch die Unternehmer dadurch außerordentlich erschwert, daß sie eine grundsätzliche Frage, betreffend die Leinenindustrie, in den Vordergrund schoben. Darüber hinaus war aber auch das Angebot der Arbeitgeber ein völlig unzureichendes. Die Textilarbeiterchaft ist nicht gewillt, sich diesmal mit einer geringen Zulage abspesen zu lassen, sondern verlangt vielmehr, daß ihre geradezu erschreckend niedrigen Löhne an die übrigen Löhne der Textilindustrie im Reiche angeglichen werden.

Eine am 25. April in Breslau tagende Konferenz, in der auch die Maschinisten und Heizer, die Handwerker, Metallarbeiter und Werkmeister vertreten waren, nahm zu dem Verhandlungsergebnis eingehend Stellung. Einmütig faßte diese Konferenz den Beschluß, die Kündigung in einer Reihe von Betrieben am 28. April einzureichen. Die Tarifverträge für Schlesien umfassen etwa 63 000 Beschäftigte. Die Kündigungszeit selbst beträgt eine Woche. Infolge der kurzen Vorbereitungszeit, die zur Verfügung stand, werden am 28. April zunächst etwa 10 000 Kündigungen eingereicht.

Die anwesenden Vertreter der Werkmeister, der Maschinisten und Heizer, der Handwerker und der Metallarbeiter erklärten sich mit der schlesischen Textilarbeiterchaft solidarisch, da auch bei diesen Berufen, mit Ausnahme der Werkmeister, die Löhne noch nicht geregelt sind.

Nach Lage der Dinge steht die schlesische Textilarbeiterchaft vor einem großen Kampf, vor einem Kampf, der ihr von den schlesischen Textilindustriellen aufgezwungen worden ist.

Beendigung des Tarifkonfliktes in Nordostdeutschland.

Für diesen Bezirk fällt eine von den Parteien vereinbarte Schlichtungsstelle am 13. April 1928 drei Schiedsprüche. Der erste Schiedspruch betrifft den Manteltarifvertrag und setzt den alten Tarif mit einigen Verbesserungen wieder in Kraft. Der zweite Schiedspruch regelt die Arbeitszeitfrage für Groß-Berlin und Nowawes. Dieser Spruch sieht eine reine Arbeitszeit von 48 Stunden vor. Diese kann, sofern es die wirtschaftlichen Bedürfnisse des Betriebes erfordern, um drei Stunden verlängert werden. Ueberstunden darüber hinaus können nur mit Zustimmung der gesetzlichen Betriebsvertretung geleistet werden. Alle Ueberstunden über 48 Stunden sind mit einem Zuschlag von 25 Proz. zu bezahlen. Im dritten Schiedspruch wird die Lohnfrage für Groß-Berlin und Nowawes geregelt. Die vorgesehene Lohnerhöhung beträgt etwa 15 Proz. Des weiteren sieht dieser Schiedspruch eine Neugruppierung der einzelnen Branchen vor. Die Schiedsprüche sind von beiden Parteien angenommen worden. Somit ist der Konflikt in diesem Bezirk beendet.

Annahme des Manteltarifschiedspruches für die Lausitzer Tuchindustrie durch die Arbeitnehmer.

Eine am 26. April 1928 in Rottbus tagende Funktionärskonferenz der Gewerkschaften beschäftigte sich mit dem für die Lausitzer Tuchindustrie gefällten Manteltarifschiedspruch. Die Konferenz beschloß einstimmig die Annahme des Spruches. Die Arbeitgeber haben ihn abgelehnt.

1000 Mark. Die Verteilung einer Dividende von 15 Proz. auf das neue Aktienkapital von 13,5 Millionen Mark erfordert über 2 Millionen Mark. Soweit die Dividendenzahlungen als Ganzes in Frage kommen, hat die Mechanische Linsen die ausgeschütteten Gewinne verdoppelt. Die gute Entwicklung ist durchweg auf die Mechanische Linsen zurückzuführen, denn die Mengers A.-G. ist für 1927 dividendenlos geblieben. Abgesehen von der Fröhlich's A.-G. hätte das Linsener Unternehmen ohne die Kapitalerhöhung, wodurch es ja eigentlich Dividende für die Mengers A.-G. zahlt, zum mindesten eine Dividende von 25 Proz. ausschütten können.

Der Lohnstreit in der Pfalz.

Der für die pfälzische Textilindustrie am 14. April 1928 vom Schlichtungsausschuß Ludwigshafen gefällte Schiedspruch ist seitens der Arbeitgeber abgelehnt worden. Die Arbeiterchaft hat den Schiedspruch angenommen und seine Verbindlichkeitserklärung beantragt. Ueber diesen Antrag finden Verhandlungen am 30. April in Speyer statt.

Der Tarifstreit in Württemberg.

Bekanntlich fällt der Schlichtungsausschuß Stuttgart am 14. April 1928 für die württembergische Textilindustrie einen Schiedspruch, der für die Arbeiterchaft untragbar ist und von dieser deshalb sofort abgelehnt wurde. Wie vorauszu-sehen war, haben die Arbeitgeber den Schiedspruch angenommen und seine Verbindlichkeitserklärung beim Schlichter in Württemberg beantragt. Verhandlungen über diesen Antrag finden am 30. April 1928 in Stuttgart statt.

Textildividenden.

Kammgarnspinnerei Schedewitz A.-G. in Schedewitz i. Sa. Die Verteilung einer Dividende von 4 Proz., rückwirkend zugleich für die Jahre 1924/26, ist vorgesehen. Die Vorzugsaktien erhalten 8 Proz. Dividende.

Kammgarnspinnerei Silberstraße A.-G. in Silberstraße bei Wiesenburg. Der im Geschäftsjahr 1927 verbleibende Reingewinn wird zur Ausschüttung einer Dividende von 5 Proz. (im Vorjahre 0 Proz.) verwendet.

Mt.-Ges. für Strumpfwarenfabrikation vorm. M. Segall-Berlin. Die Generalversammlung genehmigte eine Dividendenausschüttung von 8 Proz.

Kontordia-Spinnerei und Weberei Bunzlau und Marktflsa. Die Generalversammlung der Gesellschaft setzte die Dividende auf 10 Proz. fest. Der Reingewinn der im Jahre 1926 460 000 Mk. betrug, stieg im Jahre 1927 auf 740 000 Mk.

Vereinigte Kunstseidefabriken A.-G., Frankfurt a. Main-Kesselfach. Aus dem Reingewinn der Gesellschaft, der für das Geschäftsjahr 1927 278 495 Mk. beträgt (im Jahre 1926 19 763 Mk.) ist eine Dividendenausschüttung von 8 Proz. vorgesehen. Die Gesellschaft zahlte in den letzten Jahren keine Dividende.

Gera-Greizer Kammgarnspinnerei A.-G. Der Reingewinn der Gesellschaft beträgt 1 010 000 RM. (im Vorjahr 780 000 Reichsmark) aus dem 15 Proz. Dividende (im Vorjahr 10 Proz.) verteilt werden.

Der Rundfunk im Dienste der Textilindustriellen.

Vor kurzem hat in Berlin durch den Rundfunk der Syndikus der Vereinigten Textilarbeiter, Dr. Klau, einen Vortrag über „Die Frau am Spinn- und Webstuhl im Zeitalter moderner Technik“ gehalten. Dr. Klau bezeichnete die moderne Textilindustrie als denjenigen Industriezweig, in dem die Frau sich beruflich betätigen könne. Die Textilarbeit ist nach Herrn Klau leicht, abwechslungsreich und für die Gesundheit der Schwangeren direkt zuträglich.

Daß Herr Dr. Klau im Rundfunk diese widerspruchsvolle und von Fachärzten widerlegte Auffassung an den Mann bringen konnte, ist für die Berliner Rundfunkleitung bezeichnend. Im übrigen, was versteht der Herr Dr. Klau von der Textilarbeit. Wahrscheinlich nicht viel mehr als der Esel vom Klavierpielen.

Welche Lohn- und Gehaltssummen sind pfändbar?

Wie aus einer Bekanntmachung im Reichsgesetzblatt hervorgeht, hat die Verordnung über Lohn- und Gehaltspfändungen eine Änderung erfahren. Die Pfändungsgrenze für Arbeits- und Dienstlohn ist ab 1. April 1928, wo das neue Gesetz in Kraft tritt, wie folgt festgesetzt: Arbeits- und Dienstlohn ist bei monatlicher Auszahlung bis zur Summe von monatlich 195 Mk., bei wöchentlich Auszahlung bis zur Summe von wöchentlich 45 Mk., bei täglicher Auszahlung bis zur Summe von 7,50 Mk. der Pfändung nicht unterworfen. Darüber hinausgehendes Lohnvermögen kann bis zu zwei Dritteln gepfändet werden, während ein Drittel des Mehrertrages nicht pfändbar ist. Die Lohn- und Gehaltsempfänger tun gut, sich diese Änderung der Verordnung über Lohnpfändung genau zu merken. Diese Neuregelung ist zu begründen. Der pfändungsfreie Betrag des Lohnvermögens mußte angesichts der Teuerungsverhältnisse eine Erhöhung erfahren.

Profit.

I. Im kapitalistischen Wespennest.

Es schnürt und furcht im kapitalistischen Wespennest: der deutsche Unternehmer verlangt nach Preiserhöhungen. Der Steinkohlenbergbau in Rheinland und Westfalen hat einen Antrag auf Erhöhung der Kohlenpreise gestellt; auf den Getreidemärkten sind die Preise in den letzten Tagen stark heraufgegangen; die Post hat schon vor Monaten ihre Tarife erhöht und die Eisenbahn läßt keinen Zweifel darüber, daß sie ebenfalls in der nächsten Zeit die angekündigte Tarifierhöhung durchsetzen will. Die Wespennester verlangen Hontig; der Verbraucher soll bleichen. Seht das Unternehmertum seine Wünsche nach höheren Preisen durch, so wird eine neue, noch nie dagewesene Feuerungswelle ausgelöst, die Kaufkraft der Verbraucher wird weiter geschwächt, die Lohnforderungen werden unvorstellbar. Ein neuer Raubzug auf die Taschen der Arbeiterschaft ist im Gange. Demgegenüber wollen wir eindeutig feststellen, daß die Gewerkschaften nicht gesonnen sind, die beabsichtigte Kürzung der Reallohne der Arbeiter schweigend hinzunehmen. Die Lohnforderungen, die die Gewerkschaften in harten Kämpfen im Jahre 1927/28 durchsetzten, sind für das Unternehmertum tragbar. Der Profit wird dadurch nicht allzu sehr gedrückt. Eine Verteuerung der Lebenshaltung, eine Reduzierung der Reallohne, ist für die Arbeiterschaft aber nicht tragbar. Sie ist, um den Lebensstandard zu behaupten, gezwungen, in dem Augenblick neue Lohnforderungen anzumelden, wo die ausgelöste Feuerungswelle wirksam wird.

II. Quotenkampf bis zum Weißbluten.

Am ungerechtfertigtesten ist wohl das Bestreben des rheinisch-westfälischen Kohlenyndikats, die Kohlenpreise um 3 bis 4 M. pro Tonne zu erhöhen, weil ein vor kurzem

aufrechterhalten, in drei Fällen, wo das Stimmenverhältnis umgekehrt liegt, tritt der Sozialist jurist. Im ersten Wahlgang hatten die Sozialisten 15 Mandate erobert, die Kommunisten kein einziges. Wie das Verhältnis nach der Stichwahl aussehen wird, läßt sich nicht voraussagen. Dabei steht es fest, daß die Stellung der Arbeiterklasse in Frankreich wesentlich gefestigt worden wäre, wenn die von den Sozialisten angestrebte Zusammenarbeit mit den Kommunisten zustande gekommen wäre. Haben doch die Sozialisten 1,6 Millionen, die Kommunisten 1,1 Millionen Stimmen erhalten, die jetzt infolge der selbstmörderischen Moskauer Parolentaktik zu einem erheblichen Teile verloren gehen werden.

Was aber die Einigkeit der Arbeiterklasse vermag, das hat sich jetzt wieder an einem Beispiel in England gezeigt. Dort ist bei einer Nachwahl in Hanley der sozialistische Kandidat mit 15136 gegen 6804 konservative und 3390 liberale Stimmen gewählt worden. Die konservativen hatten gegenüber der Hauptwahl rund 12.000 Stimmen verloren, der Arbeiterkandidat konnte dagegen mit einer bisher noch niemals erreichten Mehrheit siegen. Bisher haben die Kommunisten in England noch nicht als selbständige Partei aufzutreten gewagt. Nunmehr aber hat die Moskauer Internationale beschlossen, für die kommenden allgemeinen Wahlen eine große Geldsumme nach England zu schicken, damit eigene kommunistische Kandidaten aufgestellt werden könnten. Das würde eine Spaltung der in England bisher noch einzigen Arbeiterschaft und eine Unterstützung der ärgsten Arbeiterfeinde, der Konservativen, bedeuten!

gefallter Schiedspruch eine für das Unternehmertum durchaus tragbare Lohnherhöhung der Bergarbeiter vorsieht. Die Grubenbarone haben dem Reichswirtschaftsminister, von dessen Zustimmung die Kohlenpreiserhöhung abhängt, regelrecht die Pistole auf die Brust gesetzt: entweder du erhöhst den Kohlenpreis oder wir droffen die U s u h r n a c h den bestrittenen Gebieten um 50 Proz. Das ist die Pistole. Was bedeutet sie? Machen die Unternehmer ihre Drohungen wahr, so kommt es zu großen Zechenstilllegungen in Rheinland und Westfalen. Davon dürften ungefähr 80.000 Bergleute betroffen werden. Man will also 80.000

Großreinemachen!



„Wut Deibel, stinkt das!
Nie wieder Bürgerblöcker auf den Ministeresseln!“

Familienväter auf die Straße legen, wenn man die Kohlenpreise nicht erhöht. Gibt es keinen anderen Weg, um daran vorbeizukommen? Ja! Und das bemerkt eine kleine Schilderung, was es mit den bestrittenen Gebieten auf sich hat.

In den bestrittenen Gebieten kämpfen die deutsche und die englische Kohlenindustrie um Absatz. Es kommen vor allem die Gebiete an der Küste, insbesondere Hamburg, in Frage. Der Kampf wird geführt, indem die Händler sich mit den Preisen unterbieten. Die Engländer finanzieren den Kampf, indem sie die Löhne drücken und Zehntausende von Berg-

arbeitern einfach auf die Straße legen. Wehlich ist es ja auch in Deutschland. Die Gelder werden sowohl in Deutschland als auch in England dadurch aufgebracht, daß die dem rheinisch-westfälischen Kohlenyndikat angeschlossenen Zechen pro Tonne abgesetzter Kohle einen Betrag an den Kampffonds abzuführen haben. Gegen diese Zahlungen, die sogenannten Umlagen, wenden sich in Deutschland besonders die Zechen, die keine Kohlen nach den bestrittenen Gebieten absetzen; es herrscht bei ihnen Stimmung vor, die mal wieder notwendig gewordene Erhöhung der Umlage nicht zu bewilligen. Das Syndikat will deshalb an der Erhöhung der unsympathischen Umlage vorbeikommen, indem es eine Erhöhung der Kohlenpreise fordert. Die Allgemeinheit, die verbrauchende Industrie, die Verbraucher sollen den Konkurrenzkampf in den bestrittenen Gebieten bezahlen.

Natürlich kann dieser wahnstinnige Kampf in den bestrittenen Gebieten nicht ewig geführt werden. Beide Seiten sind auch davon überzeugt, daß früher oder später eine Verständigung über Absatz und Preis erfolgen muß. Bei dem gegenwärtigen Kampf handelt es sich aber um die Quotenfrage. Jeder will jetzt in den bestrittenen Gebieten möglichst viel Kohle absetzen, um dadurch eine gesicherte Quote, einen garantierten Absatz in den bestrittenen Gebieten zu erhalten, wenn der Kohlenfriede hergestellt ist. Dieser Quotenkampf wird auf Kosten der Arbeiterschaft seit langem geführt und er soll jetzt verstärkt auf Kosten der Allgemeinheit geführt werden. Die rheinisch-westfälischen Grubenbarone verlangen nichts anderes als die Mittel, den Quotenkampf in den bestrittenen Gebieten bis zum Weißbluten auszutragen. Dadurch werden aber nur die deutsch-englischen Gegensätze verschärft. Daran hat die deutsche Wirtschaft kein Interesse. Der Reichswirtschaftsminister soll den Preiserhöhungsantrag der Gruben ablehnen und ihnen sagen, daß sie so bald wie möglich zu einer Verständigung mit den Engländern kommen sollen. Jeder Tag, an dem die Verständigung früher erzielt wird, erspart uns Millionen.

III. Ueberflüssige Auspöterung.

Wie aber Preiserhöhungen gemacht werden, zeigt der vorläufige Abschluß der Reichspost. Als die Post die Tarifierhöhung ankündigte, verwies sie auf ihre schlechte finanzielle Lage; im Etat 1927 fehlten ihr angeblich 300 Millionen Mark für unbedingt notwendige Ausgaben und sie behauptete, daß, selbst wenn die verlangte Gebührenerhöhung 139 Millionen Mark Mehreinnahmen erbrächte, sie immer noch mit einem Defizit arbeiten müßte.

An dieser Stelle haben wir seinerzeit behauptet, daß die Reichspost mit falschen Zahlen operiere und daß ihre Angaben nicht stimmen. Jetzt ist die Gebührenerhöhung ungefähr 9 Monate in Kraft und die Einnahmen der Post zeigen, daß wir mit unserer Behauptung Recht gehabt haben. Hatte die Post früher behauptet, daß sie 300 Millionen Mark für notwendige Ausgaben aufbringen müsse, so sehen wir jetzt, daß sie von diesen 300 Millionen Mark angeblich unabweisbaren Ausgaben nicht weniger als 86 Millionen Mark zurückstellen konnte. Ueber ein Drittel des seinerzeit angegebenen Mehrbedarfs hat sich als überflüssig erwiesen. Ueberflüssig erweist sich auch die Gebührenerhöhung. Diese sollte 139 Millionen Mark erbringen. Nach dem Verlauf der ersten 9 Monate zeigt sich aber, daß an Mehreinnahmen 280 Millionen Mark herauskommen werden. Die Post hat sich also um 88 Proz. geirrt. Sie hat uns mit einer unnötigen Besteuerung belastet.

„Das erwerbstätige Indien.“

„Eine Studienreise des Vorsitzenden des Deutschen Textilarbeitervereins“

lo betitelt sich ein Buch, welches demnächst im Verlag des DGB erscheinen wird. Das Buch unterscheidet sich durchaus von jenen Büchern, die uns bisher über das Wunderland Indien unterrichtet und uns nur von den Schätzen und Reichtümern dieses Landes erzählt. Aus Indien holte man seit Jahrhunderten Gold und Silber und Gebrauchsgüter aller Art. Es war seit Jahrhunderten das Ziel jener Beutemacher, die auf Kosten anderer Völker Reichtümer erwerben wollten. Das indische Volk, unterjocht von einer Fremdherrschaft, wird in der schlimmsten Weise ausgebeutet,

und es ist zweifellos ein Verdienst des Deutschen Textilarbeitervereins, daß er durch seine Vertreter den Schleier gelüftet hat, der die grenzenlose Ausbeutung des indischen Volkes vor der sehenden Welt verdeckte. Gewiß, schon längst vor uns hat Macdonald im englischen Parlament die Ausbeutung des indischen Volkes geißelt. Verschiedene Schriftsteller haben ebenfalls die Schuld Englands am indischen Volk wiederholt der Kritik unterzogen. Aber diese Bücher stellten in der Regel nur Tatsachen fest, ohne auf Ursachen und Wirkungen einzugehen. In dem uns vorliegenden Buch werden aber die wirtschaftspolitischen, die kulturellen und gesellschaftlichen Zustände einer eingehenden Betrachtung unterzogen. Aus diesem heraus wird das Buch erst recht wertvoll, weil es uns über die Ursachen und Art der Ausbeutung und deren Wirkung vertraut macht. Es ist selbstverständlich, daß der Kampf der indischen Arbeiterschaft gegen die Ausbeutung, sowie den Gewerkschaften ein breiter Raum gewidmet wird. Jedenfalls wird das Buch in der deutschen Arbeiterschaft eine gute Aufnahme finden, da in diesem Buch der Arbeiterschaft aufs neue bewiesen wird, daß nicht allein das Vorkommen aller Naturschätze den Menschen das Leben erleichtert, sondern nur dann, wenn die Völker durch innere Solidarität auch die Kraft in sich haben, diese Naturschätze gegen Raub und Habgier zu schützen vermögen. Im nachstehenden bringen wir einen Abschnitt aus dem sehr lesenswerten Buch, das zweifellos auch den Arbeitern der Bruderorganisationen sehr willkommen sein wird. Eine ausführliche Besprechung behalten wir uns vor.

Die Redaktion.

zum Rohstofflieferanten des britischen Imperialismus herabgedrückt. Die Folge des imperialistischen Eingriffs war zunächst unmittelbar, daß die vielen Millionen Gewerbetreibenden des Landes ihr Brot verloren und zurückgestoßen wurden in die ohnehin überfüllte Landwirtschaft, in der sie nunmehr als Anhängel und überzählige Kostgänger mitlebten und den Nahrungspietraum des Kleinbauernums verringerten.

Auch in Europa wurden einst bei der Entstehung der modernen Fabrikunternehmungen zahlreiche Kleinbetriebe und Handwerke lahmgelegt. Aber die Menschen, die dadurch ihrer bisherigen Erwerbstätigkeit beraubt wurden, fanden in der Folge eine andersartige, oft auch ähnliche Beschäftigung als lohnarbeitende Proletarier in der Industrie, die ihre bisherigen Daseinsgrundlagen zerstörte. Wie ganz anders in Indien! Dort wurde nicht das heimische Handwerk von einer heimischen Industrie abgelöst, die das Handwerkeraut als Proletarier in sich aufnahm und ernährte, sondern die indischen Gewerbe mußten sterben zum Vorteil und Nutzen einer außer Landes in England gelegenen Industrie. Und so war die soziale Folge für die Betroffenen nicht wie in Europa eine Umstellung in der Art der Beschäftigung, sondern eine Freisetzung ohne andere Betätigungsmöglichkeit als die der Anklammerung an die in kleine Partzellen geteilte Landwirtschaft.

Unter den alten Gewerben Indiens war es insbesondere das gewaltig entwickelte und ausgebreitete Textilgewerbe, das im ganzen Orient großen Ruf genoss, an dessen Unterdrückung England gelegen war.

Beim damaligen Stand der Technik in Europa war nämlich das indische Spinnrad und der indische Webstuhl — beide bedient von Menschen, die durch Generationen und Jahrhunderte in diesen Fertigkeiten geübt waren, durchaus in der Lage, den Wettbewerb mit der englischen Textilindustrie des Bezirkes Lancashire siegreich zu bestehen. Sie mußten also durch Verbote und Behinderungen für immer lahmgelegt werden. Eines der ältesten Gewerbe der Kulturmenschen mußte sterben, die Menschen, die es ausübten, in den Abgrund bodenlosen und brutalen Elends hinabgestoßen werden, damit die Konkurrenzindustrie des Eroberlandes sich des Marktes bemächtigte.

Als erster Schritt zur Niederämpfung dieses indischen Gewerbes wurde demselben die Ausfuhr seiner Erzeugnisse verboten, und andererseits für die englischen Textilindustrie völlig freie Einfuhr erzwungen. Es ist das bekannte System der Sicherung händlerischer Vorteile durch militärische Machtmittel, gleich dem System der China auferlegten „einseitigen Verträge“.

Man sieht schon die „Riesenschlange“ und den „Steinpilz“. Aus den Uferpfaffen rieseln kleine Wasserfälle: „Dö sind noch jung; dö müßen noch wackeln“, meint der Fährmann in brekem Böhmischn. Aber wenn wir ihm ein Trinkgeld versprechen, wird er uns einen größeren vorführen. Wir kommen bald an einer Stelle vorbei, wo wir dasselbe erleben wie am Tage zuvor beim Beuthensfall. Wir wollten eben anfangen zu zitiern:

„Aus den Urnen lieblicher Rajaden
Sprang der Ströme Silberseum...“

aber da hatte der Wasserfall schon wieder aufgehört zu funktionieren. Umsonst wollten wir jedoch Schiller nicht zitiern.

Schließlich kamen wir nach Hermsdorf, einem mondänen Badeort von etwa 10 bis 12 Häusern (es können auch einige mehr sein) und 15 Verkaufsständen, wo man Ansichtspostkarten selbstet. Hier liegen wir uns wieder über die Elbe setzen und schaukelten gemächlich nach der dem mondänen Badeort gegenüberliegenden Sehektion zu.

In Dresden angekommen, suchten wir unseren Zug und fanden dort schon jeden Platz doppelt besetzt. Aber am Ende erreichten wir auch wieder den Anhalter Bahnhof. Ich angelte nach meiner Fahrkarte, um sie dem Mann an der Sperre in die Hand zu drücken.

„Es möchte mich sehr verdrüßen“, murmelte ich, indem mir der brave Soldat Schweiss und seine Abenteuer einfielen, „es möchte mich sehr verdrüßen, wenn ich meine Karte verloren hätte.“ Meine Begleiter tanzten schon längst hinter der Sperre auf und ab und winkten aus Selbststräften. Ich mußte aber erst mit dem rotbemühten Mann, der für meine Sache zuständig war, eine Konversation unterhalten und ihn in das Geheimnis, das mich bekränzte, einweihen. „Nachzahlen!“ sagte der Rotbemühte. Dann fant ich meinen Freunden, die eben die Sperre durchbrechen wollten, um mich zu befreien, in die Arme. Berlin hatte uns wieder!

„Luis“.

Entwicklung und Grundprobleme der indischen Arbeiterbewegung.

Erste Anfänge.

Als die Engländer sich Indiens bemächtigt hatten, war es ihre nächste Sorge, die hochentwickelten und im ganzen Orient seit Jahrhunderten berühmten indischen Gewerbe und Kunstgewerbe teils für den Handel ihrer East Indian Company zu beschlagnahmen, den größeren Teil aber in rascher Folge zugunsten der englischen Konkurrenz-Industrie zu zerstören. Indiens selbständige Volkswirtschaft, in der Gewerbe und Landwirtschaft sich ergänzten, mußte zu existieren aufhören, damit der große indische Kontinent zum agrarischen Hinterland der britischen imperialen Wirtschaft werden konnte, in welcher das „Mutterland“ den Industriebezirk, das Handelsdepartement und Finanzzentrum darstellt. So wurde Indien, das seit Jahrhunderten selbst seine gewerblichen Erzeugnisse in die anderen Länder Asiens exportiert hatte, gemaltam

